E2 Atemnot, Abfall und Altmunition - Mehr tun für den Ostseeschutz!

Antragsteller*in: Fabian Czerwinski

Die Ostsee, das große Binnenmeer, prägt unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern entlang einer rund 2000 Kilometer langen Küstenlinie. Seit Jahrtausenden leben Menschen mit ihr und von ihr. Sie ist Quell des Lebens, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sie ist Wirtschaftsraum, Verkehrsstraße und touristischer Sehnsuchtsort.

Doch der Ostsee geht es nicht gut! Aus einem nährstoffarmen Meer zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist ein stark überdüngtes Gewässer geworden. Hauptursache für diese "Überernährung" sind Einträge aus der intensiven Landwirtschaft in den Anrainerstaaten. Sie gelangen über die Flüsse in die Ostsee und führen zu sauerstoffarmen Bereichen. Zwar sind diese Nährstoffeinträge seit 1990 gesunken, doch sind sie noch immer zu hoch.

Zahlreiche weitere Auswirkungen menschlichen Wirtschaftens setzen der Ostsee zu: illegale Schadstoffverklappung aus Schiffen, Sand- und Kiesabbau und die damit verbundene Zerstörung von artenreichen Lebensräumen am Meeresgrund; das große Aufkommen von Müll, insbesondere Plastikmüll, die Verlegung von Pipelines und die Folgen der Versenkung giftiger Munitionsrückstände sind nur einige Beispiele für Prozesse, die das Ökosystem Ostsee schädigen.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern stellt fest:

- Angesichts des enormen Nutzungsdrucks und der Bedrohungen, hat der Schutz des Ökosystems Ostsee für Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern höchste Bedeutung.

- Die Meeresschutz- und die Wasserrahmenrichtlinie sind wichtige und weitreichende politische Instrumente, die einen nachhaltigen Umgang mit der Ostsee sichern können.Jedoch muss der politische Wille auf Bundes- und Landesebene diese auch entsprechend umsetzen.

- Mit dem Landesraumentwicklungsprogramm existiert eine Landesplanung für das Küstenmeer. Ökologische Aspekte finden darin nicht den notwendigen Vorrang.

- Es bedarf eines starken Engagements zivilgesellschaftlicher Akteure und bündnisgrüner Politik, um einen umfassenden Schutz der Meeresökosysteme vor den Folgen von Schadstoffeinträgen und Übernutzung zu erreichen.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

- Bündnis 90/Die Grünen fordern von Landes- und Bundesregierung umfassende und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Ostsee. Insbesondere
    - ist der Nährstoffeintrag über die Fließgewässer Mecklenburg-Vorpommerns durch eine Verringerung des Düngeniveaus in der Landwirtschaft weiter zu senken.

    - sind die Meeresschutzgebiete in der Ostsee durch Nutzungsbeschränkungen umfassend zu schützen. Fischerei, Schiffsverkehr und Rohstoffabbau brauchen müssen hier ausgeschlossen oder eingeschränkt werden.

    - sind Bemühungen zur Beseitigung von Altmunitionsbeständen zu intensivieren.

- Bündnis 90/Die Grünen engagieren sich weiterhin für die Vernetzung von Umweltverbänden, Unternehmer*innen und politischen Gremien zum Thema Ostseeschutz durch bündnisgrüne Veranstaltungen, Expertisen und politische Initiativen.

- Bündnis 90/Die Grünen arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern auf kommunal- und landespolitischer Ebene weiter intensiv an Themen des Ostseeschutzes, insbesondere
    - für den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft,

    - für die Stärkung eines ökologisch nachhaltigen Tourismus,

    - für eine umwelt- und sozial gerechte Entwicklung der Kommunen in der Küstenregion unter Wahrung der landestypischen Ortsbilder und

    - für multifunktionale und naturnahe Küstenschutzmaßnahmen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Arndt Müller (KV Schwerin); Sally Raese (KV Vorpommern-Rügen); Steffan Fassbinder (KV Vorpommern-Greifswald); Christin Decker (KV Rostock); Rolf Martens (KV Vorpommern-Rügen); Claudia Schulz (KV Rostock); Dirk Niehaus (KV Vorpommern-Rügen); Kristin Wegner (KV Vorpommern-Greifswald)